

Presseerklärung zum Stilllegungs- und Rückbauverfahren KKG

Aus der Bürgermeisterrunde des Schweinfurter Mainbogens vom 17. Mai 2017

Weitere Beteiligung der Allianz Schweinfurter Mainbogen im Verfahren KKG unabdingbar

Die Bürgermeister/in der Allianz Schweinfurter Mainbogen* forderten auf ihrer Sitzung am 17.05.2017 weitere Informationen zum Fortgang des Genehmigungsverfahrens zur Stilllegung und zum Rückbau des Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld.

Der Erörterungstermin im Oktober 2016 habe gezeigt, dass viele Unterlagen und Detailplanungen der für den Rückbau verantwortlichen Preußen Elektra GmbH dem Bayerischen Staatsministerium noch gar nicht vorlagen. Mitgeteilt wurde, dass Ende April weitere umfangreiche Unterlagen bei der Genehmigungsbehörde in München eingegangen seien. Die Allianz rechnet daher nicht mehr mit einer Genehmigung in diesem Jahr. Die Prüfung der konkreten Abbauplanung und der einzelnen Abbaumaßnahmen könne erst beginnen, wenn die Unterlagen vollständig seien. Die Mainbogen-Allianz will die nunmehr vervollständigten Unterlagen einsehen und ggf. weitere Einwendungen und Stellungnahmen abgeben, um ihre Forderungen nach einem Rückbau mit größtmöglicher Sicherheit zu vertiefen und die Belastungen für den Standort gering zu halten. Erste Erfolge konnten erzielt werden.

Kritik äußersten die Bürgermeister weiter am bisherigen Verfahren. Die Bereitstellungshalle (Beha) für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird in einem separaten Verfahren beim Landesamt für Strahlenschutz unter Beteiligung der Bauaufsicht bearbeitet. Der Bauantrag sei beim Landratsamt eingegangen, das die Gemeinde Grafenrheinfeld zu beteiligen habe.

Die Allianz* habe von Anfang an kritisiert, dass hier eine Aufspaltung stattfände in ein öffentliches und ein nichtöffentliches Verfahren. Denn im Rahmen des Antrages auf Stilllegung sei keine Gesamtbetrachtung der Umweltauswirkungen unter Einbeziehung der geplanten Halle erfolgt. Entsprechend dürftig waren die Informationen im Erörterungstermin. Die Prüfung der Umweltauswirkungen der Halle will das bayerische Staatsministerium für Umwelt nun im Laufe des Jahres nachholen. Die Mainbogen Allianz* hat damit eine wichtige Verfahrensänderung durchgesetzt, da die Halle nun in die Umweltprüfung einbezogen wird. Mit dem Ergebnis dieser erweiterten Umweltprüfung werde man sich genau auseinandersetzen. Die Verfahrenspraxis in anderen Bundesländern sei zum Teil weiter.

Die Bürgermeister der Allianz* sehen weiter Aufklärungsbedarf. Denn die Allianz Schweinfurter Mainbogen lehnt die Errichtung der Bereitstellungshalle am Standort Grafenrheinfeld grundsätzlich ab. „Wir sind nicht bereit, Abfälle auf Dauer, für mehrere Jahrzehnte bereit zu stellen. Bereitstellung kann immer nur vorübergehend sein und muss insgesamt befristet werden“ so der Schwebheimer Bürgermeister Volker Karb. Grund zur Sorge sei weiter, dass auch standortfremde Abfälle eingelagert werden sollen. Es sei ein Erfolg, dass die Preußen Elektra nach dem Erörterungstermin klarstellte, dass die Lagerung standortfremder, externer Abfälle auf insgesamt zehn Jahre befristet werde. Es fehle allerdings noch immer eine Begründung, weshalb überhaupt standortfremde Abfälle eingelagert werden sollen, so die Kritik der Allianz.

Auch die Bereitstellung standort eigener Abfällen in der beantragten Halle müsse befristet werden, um von vornherein deutlich zu machen, dass es um eine Bereitstellung gehe bis zu einer Überführung in das Endlager Schacht Konrad. Eine zeitlich unbefristete Lagerung durch die Hintertür unter der irreführenden Bezeichnung „Bereitstellung“ dürfe es nicht geben.

Die Genehmigungsbehörde konnte bisher weder im Erörterungstermin noch im weiteren Verfahren auf Nachfragen schlüssig darlegen, weshalb von den Kommunen der Allianz und vom Landratsamt eingebrachte Alternativen, wie etwa der Bereitstellung der radioaktiven Abfälle in vorhandenen Zwischenlagern, wie etwa Mitterteich bzw. unter Mitnutzung der freien Kapazitäten der Halle BELLA, nicht ernsthaft geprüft wurden, sondern zwingend ein Neubau am Standort vorzugswürdig sei.

„Wir tragen durch das bereits bestehende Lager BELLA für die hoch radioaktiven Castoren bereits genug Lasten für die Allgemeinheit“, so der Sennfelder Bürgermeister Heinemann. Die Kommunen bekräftigten ihre Kritik am Sicherheitskonzept bei Wegfall des Anlagengebäudes. Es sei immer noch nicht beantwortet, weshalb ein einziger Fügedeckel genüge für den Fall, dass einer der Primärdeckel der Castoren undicht werde.

Es sei unklar, wie die Sicherheit gewährleistet sei, wenn mehrere der Deckel alterten oder undicht würden. Mit dem Rückbau des Reaktorgebäudes, bestehe keine Möglichkeit mehr, etwa im Fall von Leckagen, die Castoren vor Ort sicher, in geschlossenen, dazu geeigneten Räumen zu behandeln. Diese Möglichkeit sei aber Bestandteil der Genehmigung des BELLA. Die Allianz wird sich im weiteren Verfahren für eine Überprüfung und Nachbesserung des bestehenden Sicherheitskonzeptes und der Genehmigung des BELLA stark machen.

Es sei ein weiterer Erfolg der bisherigen kritischen Begleitung des Verfahrens, dass Preußen Elektra wenige Wochen nach dem Erörterungstermin im Oktober beschlossen habe, einen der wenigen verfügbaren Fügedeckel direkt am Standort Grafenrheinfeld bereit zu halten. Ungeachtet dieses positiven Ergebnisses, bedürfe das Sicherheitskonzept weiterer Nachbesserungen.

Die Begründung der bayerischen Atomaufsicht, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit halte den Rückbau für vereinbar mit den Auflagen für das Lager BELLA, überzeugt die Kommunen der Allianz nicht. Sie fordern mehrfach redundante Sicherungssysteme, gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen und Zwischenfälle bei der jahrzehntelangen Zwischenlagerung atomarer Abfälle.

Die Bürgermeister der Allianz kritisierten weiter, dass viele Belange, die sie als Kommune beträfen, nicht Bestandteil des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Stilllegung und zum Rückbau seien, sondern ausgeklammert würden. So mussten sie erfahren, dass es noch keine Pläne gäbe, wohin der konventionelle, nicht radioaktiv belastete Abfall verbracht werde und welche Verwertung ggf. ortsnah erfolgen kann. „Wir befürchten landseitig erheblichen zusätzlichen Verkehr“, so die Gochsheimer Bürgermeisterin Helga Fleischer. Es solle die Nutzung der vorhandenen Umschlaganlage am Main geprüft werden, um die Umweltauswirkungen des gesamten Rückbaus möglichst gering zu halten, so die Forderung der Allianz.

Der Strahlenschutz und der Brandschutz seien von erheblichem Gewicht für die angrenzenden Kommunen. Es gebe nur freiwillige Feuerwehren im Landkreis, keine Berufsfeuerwehr. Die Kommunen der Allianz befürchten eine erhebliche Sicherheitslücke, wenn die Werksfeuerwehr aufgelöst würde, sobald die für das nächste Jahrzehnt beabsichtigte Entlassung des Kernkraftwerkes aus dem Atomrecht erfolgt ist. Es reiche nicht aus, die Feuerwehr nur für das Kernkraftwerk selbst vorzuhalten. Es genüge nicht, die Kommunen, wie jüngst geschehen, an das Innenministerium oder den Katastrophenschutz zu verweisen. Hier müsse frühzeitig ein behördenübergreifendes Konzept erarbeitet und abgestimmt werden, so die Forderung der Allianz. In diesem Zusammenhang betonte die Allianz, dass die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt von Anfang an gesucht worden sei und gerade im Bereich des Katastrophenschutzes viele gemeinsame Schnittstellen bestünden, die gemeinsam weiterverfolgt würden.

Die Mainbogen-Allianz will den für Herbst erwarteten Bericht des TÜV SÜD einsehen, der umfassend zu allen Antragsunterlagen Stellung nimmt. Erwartet wird auch, dass die Entsorgungs- und Stilllegungskommission des Bundes dem Kernkraftwerk im Sommer einen Besuch abstattet und einen Bericht verfasst. Die für Herbst erwarteten Berichte und Stellungnahmen werde man mit Hilfe externer Sachverständige auswerten. Es bestehe noch immer die Befürchtung, dass die Region trotz ihrer dichten Besiedelung für ein bundesweites Endlager in Betracht komme.

Bedenken äußerten die Kommunen auch hinsichtlich der vom Gesetz bzw. der Strahlenschutzverordnung vorgesehenen uneingeschränkten Freigabe radioaktiver Abfälle. Diese

seien mitnichten unbelastet oder frei, sondern die Radionuklide lägen - oftmals wegen Zerfallsprozessen der zu untersuchenden Nuklide - unterhalb der in der Strahlenschutzverordnung festgelegten Grenzwerte bzw. Mengen, die nach derzeitigem Kenntnisstand eine Freigabe vertretbar erschienen ließen. Hier gelte es langfristig für die Sicherheit der Umgebung Sorge zu tragen, da viele dieser Materialien wiederverwendet würden, etwa im Straßenbau oder als Rohstoff dem Wertstoffkreislauf zugeführt würden, wie zum Beispiel Metalle.

(*in diesem Projekt ohne den Vertretungsauftrag der Gemeinde Grafenrheinfeld)